

Fazit Uwe Conradt zur Diskussionsrunde anlässlich des russischen Überfalls im Rathausfestsaal

Es geht um Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Zeiten, in denen wir leben, sind nicht „normal“. Während wir hier in Frieden und Freiheit leben, tobt in der Ukraine ein fürchterlicher Vernichtungskrieg. Wir erleben einen völkerrechtswidrigen Vernichtungskrieg durch Russland, ein nach Weltmacht strebendes China, das auch mit militärischen Handlungen sich Taiwan einverleiben will, den Kampf der religiösen und politischen Elite im Iran gegen die Menschen, die sich für Freiheit einsetzen.

Wir leben in Zeiten der Krise und wir haben diesen Tag, um zurückzublicken, um uns bewusst zu werden, in welcher Situation wir uns befinden und um die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Der 24.2.2022 stellt für uns eine Zäsur da. Der von Putin-Russland ausgeführte verbrecherische Überfall auf die Ukraine ist ein Vernichtungskrieg, der eine Zäsur für die Sicherheitspolitik in Europa darstellt.

Dem Kanzlerwort der Zeitenwende folgten der „100-Milliardenfonds für die Bundeswehr“, Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine ins Kriegsgebiet von anfänglich Handfeuerwaffen, Flugabwehrpanzer, hin zu Panzerhaubitzen und Kampfpanzern.

Ich will zunächst das zusammenfassen, was wir als Zeichen der Stärke einordnen können.

Während Putin glaubte, er könne die Ukraine in drei Tagen besiegen, haben die Menschen in der Ukraine einen unglaublichen Mut, eine beeindruckende Entschlossenheit und einen unbrechbaren Willen in Freiheit zu leben gezeigt. Ihnen gilt unser Respekt und unsere Anerkennung.

Aber wir müssen auch sehen: Viele Menschen haben bei der Verteidigung der Ukraine im Kampf für die Freiheit ihr Leben verloren oder wurden verwundet. Ihnen gilt es zu gedenken.

Unter den Auswirkungen des Krieges leidet die ganze ukrainische Nation. Es sterben jeden Tag durch die russischen Angriffe auf zivile Ziele auch Kinder, Frauen und alte Menschen.

Die Ukraine ist angewiesen auf die Solidarität der freien Länder dieser Welt. Wir haben gelernt, wie wichtig es ist, dass Solidarität keine Worthülse bleiben darf, bei finanzieller, ziviler und militärischer Hilfe.

Es braucht diese Solidarität der Tat. Diese Hilfe ist auch Selbsthilfe, damit wir in Europa auch morgen noch in Freiheit und Frieden leben können.

Was ist noch gut gelaufen?

Der Westen ist geeinter, die Ukraine westlich orientierter, Deutschland weniger abhängig von russischen Energielieferungen und nicht nur der russische Diktator, sondern auch die Autokraten und Diktatoren haben gesehen, dass mit einem geeinten Westen weiter zu rechnen ist.

Dies gibt den Menschen Hoffnung auch in China, im Iran und in anderen Staaten, deren Regime Feinde der offenen Gesellschaft sind.

Ein Akt der gelebten Solidarität war und ist auch die Unterbringung von Menschen aus der Ukraine auf der Flucht. Hier wurde auch in unserer Stadt Saarbrücken Großes geleistet, aus der Stadtgesellschaft, von der Verwaltung aber gerade auch in Zusammenarbeit mit zahlreichen Vereinen und Akteuren, darunter Info.saar.UA.

Weiterhin ist die Hilfe für die Menschen, die noch vor Ort in der Ukraine sind, zu nennen. Auch hier gibt es ein Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen

Initiativen. Es gibt bei uns jene, die auch weiterhin regelmäßig Hilfsgüter in die Ukraine fahren, darunter auch Yve Brück und die Mitglieder der Initiative Help4Ukraine.

Wir wissen, wie schwierig es ist als Kommune anderen Kommunen in der Ukraine zu helfen. Der aus unserer Sicht einzige verlässliche Weg ist eine Städtepartnerschaft. Diese streben wir mit Kowel an.

Allerdings dürfen wir nicht nur auf das schauen, was Zeichen unserer Stärke sind.

Wir müssen kritisch einordnen, wie wir in diese Krisensituation kommen konnten.

Gerade war der amerikanische Präsident zu Besuch in der Ukraine und in Kiew. Die USA sind der wichtigste Partner der Ukraine und damit des freien Europas. Wie sehe Europa heute aus, wenn Trump die Wahl gewonnen hätte? Wie verteidigungsfähig sind wir?

Viele Staaten im Osten Europas waren schneller und entschiedener bei der Hilfe, sie kennen ihren Nachbarn Putin-Russland und dessen Denken und Handeln nur zu gut. Was aus deutscher Sicht heute im Rückblick wie ein Plan zur Hilfe der Ukraine aussieht, ist das Ergebnis oft eher aus der Not geborener Prozesse, eines zähen Prozesses, in dem manche Position, manche Lebenslüge wie die, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, aufgegeben werden musste.

Schon in Friedrich Schillers Wilhelm Tell heißt es:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

Was an der Situation am 24. Februar 2022 war wirklich unvorstellbar, wenn man die Geschichte der Menschheit im

Allgemeinen und die Handlungen des russischen Despoten Putin in Georgien im Jahr 2008, auf der Krim im Jahr 2014 und fortlaufende Destabilisierung der Ostukraine sich vor Augen führt.

Wir müssen uns fragen: Haben wir vor dem 24.2.2022 nicht zu gerne weggeschaut und weggehört? War die „Zeitenwende“ nicht auch deswegen notwendig, weil zuvor nur allzu oft Putin und seine treuen Propagandasirenen Gehör fanden.

War es Naivität? War es Gutgläubigkeit? War es Mutlosigkeit? War es Respektlosigkeit gegen über unseren Nachbarn und NATO-Partnern? War es romantisierende Dummheit? War es reines Profitstreben der wirtschaftlichen Eliten?

Ich stelle mir öfter auch die Frage: Wo noch sind wir in vergleichbar wichtigen Fragen auf dem Holzweg unterwegs?

Warum nehmen wir die Wirklichkeit nicht ernst, wenn sie uns nicht gefällt?

Man hat den Eindruck, keine Lüge konnte groß genug sein, dass sie nicht bereitwillig aufgenommen und zur Basis wichtiger Richtungsentscheidungen genommen wurde.

Was war unsere Antwort auf die Krisen?

- Die Abschaffung der Wehrpflicht, das Ausblutenlassen des Zivil- und Katastrophenschutzes,
- der Glaube an Wandel durch Handel, z.B. auch mit China - auch in Bezug auf Chinas große Seidenstraßenprojekt,
- der Bau von Nordstream 2 und die im Übrigen unveränderten Rohstofflieferungen durch Russland.

Wir können so nicht weitermachen.

Was ist die Konsequenz?

Es gilt staatspolitische Verantwortung zu übernehmen, dabei ist es in Fragen der Sicherheitspolitik besonders wichtig, langfristig zu denken und verlässlich zu handeln.

Worum geht es?

Für die Ukraine geht es um Frieden in Freiheit.

Für uns alle geht es um die Freiheit. Freiheit ist ein Wert, der dem Menschen von Natur aus gegeben ist.

-> „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, heißt es in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Freiheit ist Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber Freiheit ist bedroht.

Thesen:

1. Das Leben in Freiheit ist ein permanenter Kampf gegen die Kräfte, die mit allen Mitteln die Freiheit bekämpfen.
2. Freiheit braucht unser Eintreten für Freiheit.
3. Freiheit braucht werteorientiertes Handeln auf allen politischen Ebenen. Das bedeutet auch bei staatlichen Unterstützungen für Investitionen und Ansiedlungen braucht es einen Wertekompass.
4. Freiheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es braucht ausreichend Finanzierung der Strukturen, die für Resilienz notwendig sind, damit wir frei und sicher leben können.
5. Mut zu mehr Diskurs. Mut auch zum Diskurs mit den Feinden der offenen Gesellschaft. Mut, Lebenslügen das zu nennen, was sie sind: Lügen.

(Danke an Ämter und Ehrenamtler. Danke an die Moderation)